

Der FDP-Chef betreibt eine Politik, die nicht zur Stärkung des Wirtschaftsliberalismus beiträgt, meint **Stephan-Götz Richter**.

Lindners Irrungen und Wirrungen



The Globalist [M]

Ohne die Tatkraft von Christian Lindner wäre die FDP wohl nie aus ihrer „Apo“- (also: außerparlamentarischen) Phase herausgekommen. Dass er seine Partei im Herbst 2017 wieder in den Bundestag zurückführte, ist Lindners bleibendes persönliches Verdienst. Das heißt im Umkehrschluss aber keineswegs, dass er auch ein guter Politiker ist. Daran bestehen sogar erhebliche Zweifel, was sich an drei Indizienketten schlüssig ablesen lässt. Diese belegen, warum die FDP mittlerweile sogar Schwierigkeiten hat, ihre klassischen Wähler zur Wahl zu motivieren.

Erstens: Nachdem der wirtschaftsliberale Friedrich Merz im Dezember 2018 mit seiner Kandidatur zum CDU-Vorsitzenden knapp an Anngret Kramp-Karrenbauer gescheitert war, wurde eigentlich erwartet, dass die FDP vonseiten enttäuschter CDU-Wähler einen Stimmenzuwachs über die Zehn-Prozent-Marke hinaus verzeichnen würde. Stattdessen schwankt die FDP in Umfragen aktuell um die Sieben-Prozent-Marke.

Zweitens: Nach der Europawahl wurde viel über die Stimmenwanderung von den beiden GroKo-Parteien zu den Grünen gesprochen. Dabei war die Wanderungsbewegung von den Liberalen zu den Grünen proportional gesehen noch viel stärker. Während CDU/CSU und SPD jeweils über eine Million Wähler an die Grünen verloren, sind es bei der FDP 500 000 Stimmen gewesen.

Drittens: Der bis heute vollkommen rätselhafte und gewiss einsame Entschluss Lindners, Mitte November 2017 aus den Sondierungsverhandlungen für eine Jamaika-Koalition auszusteigen, wiegt weiterhin schwer. Trotz aller formelhaften Beschwichtigungsversuche seitens der Parteispitze kann bis heute so gut wie kein Parteigänger der FDP diesen Entschluss auch nur entfernt nachvollziehen. Dies gilt umso mehr, als die Grünen in der entscheidenden Nacht im Interesse einer Regierungsbeteiligung bereit waren, den Solidaritätszuschlag abzuschaffen.

Bis heute bleibt die passendste Erklärungsvariante, dass Lindner nicht nur in der sprichwörtlichen Angst des Tormanns beim Elfmeter gefangen ist, sondern im entscheidenden Moment auch zur Panik neigt. Seine Angst vor Angela Merkel ist jedenfalls kaum rational nachvollziehbar. Immerhin hat ja selbst ein Martin Schulz eindrucksvoll unter Beweis stellen können, wie es ihm in der Abschlussnacht der Koalitionsverhandlungen gelang, enorme Konzessionen für seine Partei herauszuholen.

Anbiederung an Moskau

So wird es auf Dauer die politische Hypothek Lindners bleiben, dass er mittelbar die politische Verantwortung für die neuerliche GroKo trägt, die auf der Fehlkalkulation „noch mehr Sozialstaat ohne jegliche wirtschaftliche Dynamisierung“ beruht. Mit den Grünen und der FDP im Boot hätte die Union niemals einen solchen Deal abschließen können.

Infolgedessen droht der FDP nun das Schicksal eines fünften Rads am Wagen. Denn eine grün-schwarze Regierungskoalition - wenn denn sie und nicht eine grün-rot-rote Koalition im Bund als Nächstes zustande kommt - braucht aller Voraussicht nach keine FDP als Steigbügelhalter. Was es für die Motivationslage der Mitglieder der FDP-Fraktion im Bundestag bedeutet, für

mehrere Legislaturperioden bloß eine kleine Oppositionspartei darzustellen, kann man sich leicht ausmalen.

Schlimmer noch wiegt, dass Lindner mit seinem Schlingerkurs dafür verantwortlich ist, dass die Grünen auch im liberalen Lager - siehe die Wählerwanderung bei der Europawahl - zunehmend als die wesentliche Partei für die Modernisierung der Wirtschaft und der Gesellschaft Deutschlands angesehen werden.

Ein Anbiederer an Putins Russland, wie es Lindner jetzt nach einer Parteiklausur offensichtlich auf Anraten seines Stellvertreters Wolfgang Kubicki verfolgt, entspricht wohl kaum dem Profil einer freiheitsorientierten Partei. Und auch das Nachtreten Kubickis, dass AKKs Hoffnungen auf das Kanzleramt faktisch begraben sind, mag ja in der Sache durchaus gerechtfertigt sein. Was eine solche Äußerung aber einer Partei politisch einbringen soll, die seit Langem mit dem Ruf eines reinen (Alt-)Männervereins zu kämpfen hat, wird auch der redogewandte Kubicki nicht erklären können.

Verkorkste Umweltpolitik

Sachpolitisch ist es ein Kernproblem Lindners, dass der umweltpolitische Kurs der FDP verkorkst ist. Das ist nicht nur darauf zurückzuführen, dass Lindner eine Notwendigkeit verspürt, sich an Robert Habeck abzuarbeiten. Zu sehr scheint da ein titanenhafter Kampf der verletzten Eitelkeit hindurch. Habeck, gewiss auch ein eitler Mensch, ist hingegen imstande, seine Eitelkeit immer geschickt zu verpacken. Vor allem argumentiert er im Unterschied zu Lindner stets substanziiert und auch in sich konsistent.

Was Lindners übergroßes Verständnis für „petrol heads“ - und damit die unbedingte Freiheit der Autofahrer - anbelangt, so deutet dieses nicht nur auf ein gravierendes Fehlverständnis von Freiheit. Vor allem rückt es die FDP bedenklich in die Nähe des Wählerpools der AfD. Auch hilft es Lindners Glaubwürdigkeit als Chef einer wirtschaftsliberalen Partei nicht, wenn er fälschlich behauptet, dass Deutschland „Weltmeister bei den Steuersätzen“ sei. Bei diesem gewiss relevanten Thema sollte er die Fakten schon kennen.

Überhaupt scheint der FDP-Vorsitzende geneigt, zu allem und jedem Thema seinen Twitter-Senf dazugeben zu müssen. Das erscheint nicht nur sehr impulsiv, sondern auch wenig strategisch. Das Profil der FDP wird so gewiss nicht gestärkt.

Unter diesen Umständen läuft Lindner zunehmend Gefahr, zu einer brisanten Mischung aus Dädalus und Dorian Gray zu werden. Um sich aus dieser gefährlichen Verstrickung zu lösen, hilft es Lindner auch nicht, dass er sich zugutehalten kann, ein sehr guter Redner zu sein. Ganz im Gegenteil: Wegen seines mangelnden politischen Erfolgs verlegt er sich bei seinen Auftritten immer häufiger auf das Beifall heischende Abfeuern rhetorischer Slapsticks. So wirkt er wie ein sehr guter Feuilletonist, wenn nicht Satiriker, aber nicht wie ein guter Politiker.

Mit solchem Stückwerk dient Lindner gewiss nicht der Stärkung des Wirtschaftsliberalismus. Das ist umso problematischer, als dieses Element in der deutschen Politik, das den Erfolg der Bundesrepublik zentral mit begründete, ohnehin immer mehr in Vergessenheit gerät. Dabei

bräuchte Lindner nur die Kanzlerin bei ihrem zutreffenden, von ihr aber seit Langem vergessenen Wort zu nehmen, dass man erst einmal Wachstum schaffen muss, bevor es etwas umzuverteilen gibt.

In diesem Zusammenhang ist es aufschlussreich, wenn man sich mit Studenten über Auftritte des FDP-Vorsitzenden unterhält. So wirkte er etwa bei einem Auftritt an der RWTH Aachen auf die Ingenieurstudenten durchaus begeisternd. Als sie ihn, durch diese Begegnung motiviert, fortan aufmerksamer verfolgten, waren sie mangels Substanz schnell enttäuscht und wendeten sich von ihm ab. Sein Technologieerede ist aus ihrer Sicht genau dies - Gerede.

Das lässt sich unter anderem an dem von Lindner im Umweltbereich permanent gemachten Verweis auf Start-ups und deren Innovationspotenzial festmachen. Der Verweis auf solche Firmen ist ja in der Sache keineswegs falsch. Doch wirkt er eher mantrahaft heruntergebetet. Enge Kontakte der Partei zu Umwelt-Start-ups sind jedenfalls so gut wie nicht bekannt.

Wie überhaupt die von Lindner immer wieder hervorgehobene Ablehnung der CO₂-Steuer im Kern antiliberal ist. Wenn es ihm in der Tat um Technologieoffenheit und größtmögliche Effizienz bei der Umsetzung der Herausforderungen des Klimawandels geht, wie er und seine Partei immer wieder betonen, dann gibt es kein effizienteres Instrument als die CO₂-Steuer.

Soziale Unausgewogenheit

Auch der von Lindner häufig angebrachte Hinweis auf die potenzielle soziale Unausgewogenheit einer CO₂-Steuer belegt seinen undurchdachten Kurs. Dass ein FDP-Vorsitzender mit Argumenten der Linken hervortritt, überzeugt niemanden.

So hat es zunehmend den Anschein, als ob die einzige Hoffnung der FDP, wieder Schlagkraft in der Wirtschaftspolitik zu erreichen, darin besteht, dass die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU unter Carsten Linnemann geschlossen in die FDP übertritt.

Aber genau das wird diese Gruppierung - obwohl innerhalb der CDU ihrerseits unter Merkel erstaunlich marginalisiert - wegen des immer geringeren politischen Gewichts der FDP nicht tun. Besser ein kleiner Fisch in einem großen Laden als ein großer Fisch in einem kleinen Laden.

Trotz all dieser Kritik gibt es gelegentlich auch noch den anderen, den brillanten Christian Lindner. Der kommt aber nur bei eher unscheinbaren Anlässen zum Vorschein, wie zum Beispiel, als er im Herbst 2018 in Potsdam beim M100 Sanssouci Colloquium eine brillante Rede zu Ehren des lange von Erdogans Schergen inhaftierten Journalisten Deniz Yücel hielt.

Bei diesem Anlass wirkte Lindner wie einer, dem man bald mindestens zwei Amtsperioden als Bundespräsident antragen sollte. Frei vorgelesen präsentierte er smarte, originelle und tiefgehende Gedanken, die einen ins Erstaunen versetzten und vor allem zum Nachdenken anregten. Keine Spur von Bambi. Aber den Christian Lindner bekommt man bei all seinen Irrungen und Wirrungen auf der politischen Bühne nur selten zu sehen.

Der Autor ist Herausgeber und Chefredakteur von www.TheGlobalist.com.

„**Der bis heute vollkommen rätselhafte und gewiss einsame Entschluss von Christian Lindner, Mitte November 2017 aus den Sondierungsverhandlungen für eine Jamaika-Koalition auszusteigen, wiegt weiterhin schwer.**“